

Entente-Kommissionen in Deutschland ihres Amtes werten werden und die Republik weitgehend ihre Selbstständigkeit eingebüßt haben wird.

Wir sehen hier also programmatische Ideen, von denen man heute schon sagen kann, daß sie an der Macht anderer Tatkraften scheitern werden. In den Ausführungen Müllers dagegen sucht man derartige Ideen überhaupt vergebens. Selbst hier des Meisters Müllers Ergrübelung fordernde, ergänzende Hand? Müllers Aufzählung von allerlei Ereignissen war trocken und matt. Sie war kein fähiger Ausblick in die Zukunft und sie enthielt nichts, was sonderlich als richtunggebend angesehen werden kann. Dieser fromme Dulder- und Entgegenger in der äußeren Politik kann uns ganz sicher nicht vorwärts bringen. Wir kommen nicht vorwärts, wenn wir immer nur betonen, was für schlechte Menschen wir waren, wie sehr die andere Seite litten und leiden. Heute ist mehr denn je eine Politik der Passivität verfehlt. Mehr Aktivität in der äußeren Politik des Reiches! rief Graf Bernstorff letzten Sonntag auf dem demokratischen Parteitag in Berlin aus. Mehr Aktivität muß man nach dieser Rede heute auch Herrn Hermann Müller anrufen. Wir wollen eine Politik des Rechts treiben! Dazu gehört auch, daß andere Mächte in ihren eigenen Bestrebungen eine solche Politik nicht völlig ausschalten. Es ist lediglich Junktionspolitik, wenn wir auf Gnadenakte der Entente unsere Hoffnungen aufbauen. Der Leiter der deutschen auswärtigen Politik ist auch im Irrtum, wenn Deutschland unter allen Umständen und um jeden Preis in den Völkerverbund, der seiner ist, einzutreten muß. Kein: die Entente gebraucht uns, sie gebraucht uns selbst im Völkerverbund! Dafür haben wir ein Recht zu fordern! Und diese Forderung kann nur lauten: Revision des Versailler Schandfriedens! Vor und mit unserem Eintritt in die moderne „heilige Allianz“ kann diese Forderung nicht nachdrücklich genug erhoben werden.

Es wäre richtiger gewesen, wenn mindestens einer beiden geistigen Rieden von Herrn Ergraberer gehalten worden wäre. Der eigentliche Leiter des Kabinetts, Herr Ergraberer, gegen den so viel schwerwiegendes Anklagenmaterial vorliegt, der immer noch nicht den Mut gefunden hat, den Kabinetts gegen seine angeblichen „Verleumder“ zu bekämpfen und der sich damit begnügt, aufseherregende Anklagen seinerseits mit Angriffen zu beantworten, darf an einem so wichtigen Tage nicht im Hintergrunde bleiben. Er darf nicht nur hinter den Kulissen die Richtung weisen, sondern sollte dafür auch vor dem Rampenlicht des Weimarer Nationalkongresses auftreten. Aber vielleicht bringt die weitere Ansprache noch die mit Recht erwartete Ergraberer-Rede!

O. H.

Berliner Pressestimmen zu den Ministerreden.

Berlin, 24. Juli. Unter der Überschrift „Das neue Deutschland in der Welt“ bespricht die „Allg. Ztg.“ die gestrigen programmatischen Erklärungen der führenden Redatoren in Weimar und drückt die Hoffnung aus, daß die politisch bewegte Ansprache, der wir entgegengekommen, ebenso intensiv als sachlich geführt und daß sie die Zeichen der Reife aufweisen möge, die ein Volk aus so schweren Zeiten und Prüfungen sich erworben haben sollte. Wer die beiden Reden von gestern im Zusammenhang lese, werde sich der Ueberzeugung nicht verweisen können, daß ein auswärtiger Minister in einem Kabinett, dessen Ministerpräsident die von Herrn Bauer behandelten Grundzüge aufstelle, keine andere auswärtige Politik vertreten könne als dies Herr Müller getan und daß umgekehrt eine auswärtige Politik Deutschlands nur möglich ist, wenn es gelingt, den inneren Aufbau des Staates möglichst gut zu bewerkstelligen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe von den moralischen Forderungen gesprochen, die wir in der Welt machen müssen. Dies werde uns nur gelingen, wenn wir als Volk das augenfällige Beispiel eines arbeitsamen, ehrlichen, auf offene und ehrbare Lebensziele gerichteten Handelns geben würden.

Der „Vorwärts“ führt aus, daß die Rede des Reichsministerpräsidenten ein Werk war, das in kluger Auswahl und weitem Maßstabe alle wichtigen Probleme der nächsten Zukunft heraufhob und dabei zu einer Einheitsfront gelangte, die den klaren scharfen Umriß eines geschlossenen Programms gab. Die Grundzüge des Bauerischen Programms müßten jeden ehrlichen Sozialdemokraten mit hoher Begeisterung erfüllen.

Zur Rede des Außenministers sagt das „B. T.“: Ganz wie Graf Bernstorff erklärte Herrmann Müller, Deutschland dürfe keine Zweifel darüber lassen, daß es mit allen totalen Mitteln die Revision des Versailler Friedensvertrages erstreben werde, und sehr glücklich habe er sich auf das Zeugnis des Generals C. M. S. berufen, um die absolute Notwendigkeit dieser Revision darzutun. Mit Recht warnte er vor den Missionen, die auf die Unmöglichkeit der Gegner spezialisiert seien. Sie seien ebenso trügerisch wie das Spiel der Kabinale mit der Weltrevolution.

Die „Täg. Rundschau“ meint: Der Kernpunkt der Müllerischen Rede sollte der Nachweis sein, daß Deutschland sich von allen Methoden einer Wiederaufstellung absehen möchte. Das möge für die Gegenwart zutreffen, für die Zukunft vermöge Herr Müller keine Bürgschaften zu leisten, weil ein anderes Geschick andere Aufstellungen haben dürfte.

6 englische Kohlenzechen erlassen, 17 gefährdet.

WTB. London, 23. Juli. (Unterhaus.) Donnerstag teilte die Augenblickliche Lage in den Kohlenbergwerken sei folgende: Sechs Kohlenzechen sind erlassen, 17 Zechen in Gefahr zu erlassen. Der Streik hat sich in Derbyshire ausgedehnt und in zwei Schächten wurden die Pumparbeiten eingestellt. Dadurch befinden sich die Schächte in Gefahr. In Lancashire und Nottingham ist die Lage ungewiss. In Nord-Wales befinden

del sich noch ein großer Teil der Arbeiter im Ausstand. Es ist jedoch beschlossene worden, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis eine Entschädigung bezüglich der von den Arbeitern vorgebrachten Beschwerden getroffen ist.

Die Kohlennot in England.

WTB. Amsterdam, 24. Juli. Der „Telegraph“ meldet aus London: Durch den Russenmarkt wird die Einschränkung des Glanzenerzeugnisses und des Betriebes der Untergruben nötig sein. Außerdem hat der Kohlenkontrakt der Schweden eine Beschränkung zugeben lassen, die bestimmt, daß eine Familie nicht mehr als zwei Zentner Kohle erhalten darf. Der Streik hat auf einige Kohlenfelder in Nottinghamshire übergriffen. In Lancashire sind wieder 8000 Arbeiter an die Arbeit gegangen, in den Midlands müssen immer mehr Fabriksbetriebe wegen Kohlenmangels eingestellt werden, möglicherweise werden alle Textilfabriken schließen müssen. In Bradford sind 3000 Wollwäber ohne Arbeit.

Preußen fordert Ersatz vom Reich.

Die preussische Staatsregierung hat Verhandlungen mit dem Reich eingeleitet, um Ersatzprüche beim Reich für die durch den Frieden für Preußen eingetretene Schäden anzubringen.

Staatsprämien für Streikende.

Einen unglaublichen Beschluß hat der Hauptauschuss der Berliner Erwerbslosenliga gefaßt, der nichts weniger ist als eine Prämiierung aus der Erelust durch Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Streikende, die der Aufzorderung zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht nachgegeben sind und deshalb entlassen wurden. Der Beschluß lautet:

Streikteilnehmer, die nach ordnungsmäßiger Beobachtung des Streiks die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, obwohl sie dazu in der Lage waren, erhalten keine Erwerbslosenunterstützung. Streikteilnehmer, die während des Streiks der Aufzorderung zur endgültigen Wiederaufnahme der Arbeit nicht nachgegeben und deshalb entlassen worden sind, erhalten Erwerbslosenunterstützung. Es ist nicht Aufgabe der Erwerbslosenliga, in die Rechte der Arbeiter dadurch einzugreifen, daß sie über die Frage der Berechtigung eines Streiks durch Gewährung oder Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung entscheiden trifft.

Wird die Regierung demgegenüber diesmal den Mut haben zu beweisen, daß sie regiert?

Getreide- und Fleischnot in Frankreich.

Bern, 23. Juli. Wie „Matin“ berichtet, ist die Versorgung Frankreichs mit Getreide nur noch bis zum 31. August sichergestellt. Es müßten mindestens 3 550 000 Doppelzentner Getreide im Ausland angekauft werden, um bis zur neuen Ernte, die sehr schlecht auszufallen droht, durchzukommen. Die Frage der Fleischversorgung ist ebenso ungelöst.

Wachsende Opposition gegen Wilson.

Amsterdam, 23. Juli. Dem Pressebüro Radio zufolge schreibt New York American, man hoffe, daß der Völkervertrag deutlichere Vorzüge für die Monroe-Doktrin treffen wird. Wilson verlangt von den Vereinigten Staaten, daß sie die Monroe-Doktrin an den Rat des Völkervertrages aussetzen. Sie wird aber vom amerikanischen Volk preisgegeben werden. Diejenigen, die für den verdrätlichen Beschluß, sie auszuliefern, verantwortlich sind, werden die Folgen ihres Verrates zu tragen haben.

Amsterdam, 23. Juli. Die „Times“ meldet aus Washington, daß Wilson noch nach mehrerer Tage verhindert sein wird, die Staatsgeschäfte zu führen. Das an den Senat gerichtete Schreiben des Präsidenten, sofort die amerikanischen Mitglieder für die Wiederwahl von Wilson zu ernennen, fiel bei den republikanischen Mitgliedern auf unfruchtbaren Boden und wird wahrscheinlich abgelehnt werden. Das geforderte amerikanische Volk widersteht sich der vorgehenden Lösung der Schanzfrage. Man betrachte sie als eine unerklärliche Konzeption, die die liberalen und radikalen Blätter wenden sich dagegen. Außerdem herrscht Beunruhigung über den Beschluß Wilsons, keine Konsultation mit Deutschland zu ernennen, bevor der Friede ratifiziert ist.

Zusammenstoß zwischen Franzosen und Bulgaren.

Bern, 23. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Nach der Zeitschrift „Loband“ kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen französischen und bulgarischen Soldaten, wobei 43 38 Tote und zahlreiche Verwundete gab.

Ein unerhört zynisches Eingeständnis.

Bern, 23. Juli. Nachdem der Temps bereits gestern darauf hingewiesen hatte, daß der Friedensvertrag mit Deutschland dessen Vereinigung mit Deutschland ein für alle Mal zu hinterziehen beabsichtigt, betonen heute noch die liberalen Pariser Blätter, daß die Entente heute nicht gewillt gewesen sei, die Vertragsbestimmungen Deutschlands zu ratifizieren. Die Hand zu bekommen. Wie der Quotidien, der betont, daß der österreichische Staat ohne Hilfe der Entente überhaupt keine Hoffnung habe, erklärt auch der Echo de Paris, Oesterreich sei einfach in die Verwaltung der Allierten gekommen, für welche die Wiedergewinnungskommissionen es befehlen werden. Dieser Ausspruch werde Oesterreich sehr große Zugunstmomente machen oder es zu Boden drücken können. Zweifellos habe man sich eine solche Bewegungsfreiheit vorbehalten, um Oesterreich für immer von Deutschland zu trennen.

Deutsches Reich.

Streik in Oest.

WTB. Oest. 21. Juli. Die hiesige Arbeiterzeitung M heute in den allgemeinen Ausstand getreten, um dadurch die Jurisdiktion des 14 Tagen angeordneten Säger-Battalions Rücktritts zu erzwingen.

Mannaustritte aus der Reichs. Nach der „Berghischen Arbeiterstimme“ sind im ersten Vierteljahr 1919 aus der evangelischen Kirchengemeinde in Düsseldorf 1000, in Geresheim 1100 Personen ausgewandert. Die Zahl der Austritte ist von den katholischen Gemeinden wurde auf das Doppelte geschätzt.

Eindruck bei dem früheren Justizminister Landsberg.

Die Berliner Wohnung des früheren Justizministers Landsberg am Südwestufer 71 in Friedenau wurde während seiner Abwesenheit von Einbrechern heimlich betreten. Es fanden ihm seine Kleidungsstücke, darunter auch ein Offizierspeß, von den Tätern und der Beute fehlt noch jede Spur.

Die Heimkehr der „Emden“-Mannschaften.

Melk, 23. Juli. Gestern abend 11 Uhr ist, von Rotterdam kommend, die Befahrung der „Emden“ und Mannschaften aus Lingtau in Stärke von 69 bzw. 75 Mann im Heimkehrertransport eingetroffen, ferner ein Zivilgefangenentransport, sämtlich aus Australien. Heute morgen 4 Uhr ist ein Verwundetentransport aus England hier angekommen.

Ausland.

„Ein schändliche Lüge.“

WTB. Budapest, 23. Juli. Nach einer Meldung des Ungarischen U. A. Büros richtet Kobiltschew in Bela Kun einen Juntrupp, in dem die von dem rumänischen Preisbüro bereitete Nachricht, dem die rumänische Regierung den Frieden angeboten und Bessarabien Rumänien überlassen, als schändliche Lüge bezeichnet wird. Kobiltschew erklärt, daß die bessarabische Kommandierung mit der Wostauer Kommandierung auf eine Verbindung ist und die Sowjets Bessarabiens ihre Freiheit baldig erlangen werden.

Ros von Serbien!

WTB. Graz, 23. Juli. Die Abendblätter berichten über ein Militärkontingent eines großen Teiles der jugoslawischen Garnison von Marburg, die unter Anführung „Ros von Serbien“ ihre Insubordination mit dem serbischen Regime und ihre Erbitterung über die zwangsweise Einrückung ausdrücken. Juristenaussagen sei die Resultate auf eine von slowenischen und kroatischen Soldaten getriebene sozialdemokratische Bewegung, in der ein Kommando unter einem Zustimmung für eine republikanische Staatsform Südbanats erweist. Zahlreiche Verhaftungen und Verhaftungen werden verhaftet, wodurch der langwierige Unmut der slowenischen und kroatischen Soldaten zum Ausdruck kam. Am Dienstagabend kam es zu erbitterten Kämpfen, welche sich an der Donau weitverbreiteten. Bislang wurden 30 Tote und viele Verwundete gezählt.

217 Personen in Mexiko erobert.

WTB. Amsterdam, 24. Juli. Die „Times“ melden aus Washington, daß die Kommission des Repräsentantenhauses, die die Lage in Mexiko untersucht, von dem amerikanischen Vorkämpfer in Mexiko eine Liste von 217 Personen erhalten hat, die seit dem Sturz des Präsidenten Diaz erobert wurden. Nur in einem Fall sei es möglich gewesen, Genugtuung zu erhalten.

Aus der demokratischen Bewegung.

Der Abschluß des demokratischen Parteitages.

In den letzten Verhandlungen des Parteitages wurde noch ein Antrag angenommen, der folgenden Wortlaut hat: Die Parteiorganisationen entsenden an 1. März für jedes Mitglied, die nicht freigesetzt, aber vom Parteivorstand anerkannten Organisationsentsenden einen Parteibezug von 50 Pf. Diese Bestimmung gilt bis zum nächsten ordentlichen Parteitag. Die Zeit von der Gründung der Partei bis zum 31. Dezember 1919 gilt für die Beitragspflicht als ein Jahr.

Der nächste Parteitags

Der Parteivorstand beschloß, die Parteitagung in eine jenseitige Gewaltsfreiheit, der uns in Widerspruch mit den Wünschen des Präsidenten Wilson aufgenommen ist, stiller eph deutsche Gebiete von uns ab und sich selbst von uns deutsche Brüder, die wir nie verzeihen werden. Wenn der deutsche demokratische Parteitag ihnen heute einen Widerspruch zurück, so verbindet er damit seinen tiefen Schmerz und die Hoffnung und Erwartung, daß das internationale Gewissen und der Gebote der Gerechtigkeit sich in Zukunft hart genug erweisen werden, um die abgetrennten Glieder wieder mit unserem Volkstörper zu vereinen. Den Kampf für diesen Rechtsgedanken wird die deutsche demokratische Partei mit aller Energie aufnehmen. Unten stehenden Brüdern dürfen wir die Ueberzeugung geben, daß die Partei ihre ganze Kraft einsetzt wird, um die Brüder durch Förderung ihrer geistigen und wissenschaftlichen Interessen dem Deutschland zu erhalten und das Feuer der Begeisterung für das gemeinsame Volk und Vaterland niemals erlöschen zu lassen. Der deutsche demokratische Parteitag ruft in diesem Geiste den stehenden Volksgenossen ein herzlichstes Begehren mit der Hoffnung auf Wiedersehen in bester Zeit zu.

Auch diese Entschließung wurde unter der stürmischen Zustimmung des Parteitages angenommen. Wasman wurde die Tagung von dem Vorsitzenden Oberbürgermeister Dr. Koch-Kassel mit herzlichsten Worten geschlossen.

Provinzial-Nachrichten.

O. Stillingenstadt, 24. Juli. (Wanderung eines Malffabrikanten) Nachts wurde in der berühmten Malffabrikanten Hüllensberg die Wohnung und 4 Kasse im Werte von über 15 000 M. geraubt.

Tangermünde, 24. Juli. (Tobbingen der Kampf zwischen Förderer und Wilderer.) In dem vom Rittergut Griebow geborenen Reiter Liegtarten liegen die beiden Wilderer des Kammerherren von Zuylen auf vier Wilderer. Da letztere der Aufzorderung, ihre Bewehrung niederzulegen, nicht nachkamen, vielmehr sofort auf die Beamten angriffen, entpafften sich ein längeres Feuergefecht, in dessen Verlauf der Tölpelgeheile Söder aus Tangermünde durch einen Schuß in die Brust getötet wurde. Zwei andere Wilderer wurden verwundet gefangenommen, der vierte entkam.

W. Meimar, 24. Juli. (Koch immer kein Einzelverzeihen.) Entgegen anderen Meinungen ist laut über erfolgter amtlicher Bekanntgabe das Einzelverzeihen nach Weimar noch nicht aufgehoben.